

## **1. LSBTIQ\*-feindlicher Hasskriminalität entgegenwirken.**

Welche Maßnahmen planen Sie, damit Polizei/Staatsanwaltschaften queerfeindliche Gewalt besser erkennen, aufklären und Betroffene unterstützen können? (Landesweite Einrichtung von AP LSBTIQ\* bei Polizei/Staatsanwaltschaften/Bund-Länder-Programm)

*DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen. Die Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss stärker verfolgt und geahndet werden als bisher. Hasskriminalität gegen queere Menschen, Communities oder ihre Unterstützer\*innen muss landesweit erfasst und strafrechtlich verfolgt werden. Die Selbsthilfe und Aufklärungsprojekte der LSBTIQ\*-Communities müssen unterstützt und gefördert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen.*

## **2. Aktionsplan weiterentwickeln und finanziell untersetzen.**

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten „Echte Vielfalt“ auskömmlich finanziert, im Haushalt untersetzt, weiterentwickelt sowie die Geschäftsstelle bedarfsgerecht ausfinanziert wird?

*Der Kampf gegen LSBTIQ\*-Feindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. DIE LINKE hält das Thema für ein entscheidendes Menschenrechtsthema der Gegenwart, und dementsprechend muss das Budget erhöht werden. Wir fordern deshalb einen Neustart des Aktionsplans „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt“. Wir wollen nicht weniger als 250.000 Euro pro Jahr bereitstellen, damit umfassende gesellschaftliche Bemühungen ergriffen werden können, um allen Formen von Queerfeindlichkeit nachhaltig zu begegnen. Alle zwei Jahre soll der finanzielle Bedarf überprüft werden. Wichtig ist, diese Mittel nicht weiter dazu zu nutzen, die elementaren Problemlösungen auf das Ehrenamt abzuwälzen. DIE LINKE unterstützt alle Selbsthilfeprojekte, die hier seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit leisten und Menschen unterstützen, die Hilfe benötigen. Die Mittelaufstockung muss statt kurzfristiger Projektförderung die Professionalisierung bestehender und entstehender Strukturen im Blick haben. Um wirken zu können, müssen Projekte langfristig koordiniert und fachlich angemessen betreut werden. Zur Erforschung intersektionaler Diskriminierungsformen und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen LSBTIQ\* wollen wir Studien öffentlich beauftragen und finanzieren.*

### **3. Regenbogenfamilien stärken.**

Wie wollen Sie Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans\* oder inter\* Eltern) stärken, niedrigschwellige Beratungsangebote schaffen und Jugendämter sowie die Strukturen der Frühen Hilfen sensibilisieren?

*Wir fordern ein Wahlverwandtschaftsrecht, in dem nicht nur (heterosexuelle) Paare Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jede Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt. Das kann auch eine mehr als zwei Personen umfassende Beziehung sein (zum Beispiel eine Mehrelternfamilie mit zwei lesbischen Müttern und zwei schwulen Vätern). Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Zuwendungen fällig, wenn ein Angehöriger (nach dem Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt werden muss oder sich Kinder in einer Wahlverwandtschaft befinden. Das Abstammungsrecht wollen wir so reformieren, dass bestehende Benachteiligungen von lesbischen und schwulen Ehen und Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen Ehen und Lebensgemeinschaften beseitigt werden. Das beinhaltet auch die rechtliche Anerkennung der Co-Elternschaft sowie von Trans\*, intergeschlechtlichen und nicht binären Eltern. Dies muss auch rückwirkend gelten.*

### **4. Regenbogenkompetenz in der Jugendarbeit.**

Wie wollen Sie die Regenbogenkompetenz (professioneller u. diskriminierungsfreier Umgang) in den Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sowie -hilfe erhöhen und dafür sorgen, dass das Thema in die Aus- und Fortbildung von Fachkräften aufgenommen wird?

*Neben der Ausbildung von Lehrkräften muss auch die Aus- und Fortbildung von Fachkräften in der Erziehung und anderen pädagogischen Bereichen verankert und gewährleistet werden. Nur so kann eine kompetente Vermittlung an Kinder- und Jugendliche erfolgen.*

### **5. Diskriminierungsschutz ausbauen, Vielfalt fördern.**

Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesverfassung LSBTIQ\*inklusiv ausgestaltet, ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht und LSBTIQ\* im NDR-Rundfunkrat Sitz und Stimme bekommen?

*Um vielen dieser Forderungen auch durch Verwaltung und Politik des Landes Gewicht zu verleihen, fordert DIE LINKE die (Wieder-)Einrichtung eines „Referats für die Vielfalt sexueller Identitäten“ in einem Ministerium. Dieses Referat soll sowohl die Außendarstellung emanzipatorischer Politik der Landesregierung als auch die logistische und finanzielle Ausstattung von Beratungs- und Begegnungsangeboten in allen Regionen des Landes wahrnehmen. Die Förderung aus Landesmitteln wird dafür als ausreichende institutionelle Förderung und nicht als Einzelprojektförderung vorgenommen.*

#### **6. Respekt in Bildung vermitteln – Vielfalt im Unterricht sichtbar machen.**

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schulgesetz und die Lehrpläne LSBTIQ\*-inklusiv ausgestaltet werden, die Regenbogenkompetenz der Lehrkräfte erhöht wird und Schulaufklärungsprojekte flächendeckend gefördert werden?

*Aufklärung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss gefördert werden. Das ehrenamtlich getragene „SchLau“-Projekt leistet mit seinem Ansatz der „peer education“ wichtige Arbeit. Dieses Projekt muss durch das Land verstärkt gefördert und ausgebaut werden, um möglichst flächendeckend an Schulen eingesetzt zu werden. In den Lehrplänen der Schulen muss die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen sowie geschlechtlichen und sexuellen Identitäten umfassend abgebildet werden. Hierfür sollte ein Auftrag an eine Fachstelle gehen. Wir wollen möglichst viele Lehrkräfte und sozialpädagogisch Tätige schulen, Gewalt aufgrund von Queerfeindlichkeit wahrzunehmen und ihr zu begegnen. Aufklärungsinitiativen zu sexueller Gesundheit in Schulen, Arbeitswelt, Gesellschaft und den queeren Szenen müssen gestärkt werden. Auf die Bewertung verschiedener Lebensentwürfe im schulischen Unterricht muss verzichtet werden. Erziehungsberechtigten darf nicht die Möglichkeit zum Ausschluss ihrer Kinder vom Aufklärungsunterricht angeboten werden.*

#### **7. Fachgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für trans\* und inter\* Menschen aufbauen.**

Wie wollen Sie Angebotsstrukturen initiieren und dafür sorgen, dass auch die Pflege und der Gesundheitsbereich sensibilisiert und das Thema in Aus- und Fortbildungen aufgenommen wird?

*Transgeschlechtlichen Menschen muss in allen Bereichen mit mehr Sensibilität begegnet werden. Auch wenn wir das erniedrigende Transsexuellengesetz auf Landesebene nicht beenden können, wollen wir auch unter diesen Bedingungen in der Schule, im Krankenhaus oder in Behörden auf die tatsächliche Identität der Menschen eingehen, egal welche Merkmale ihnen ihr Pass aufzwingt. DIE LINKE setzt sich für eine Einrichtung von Unisex-Toiletten zusätzlich zu den Frauen und Männer Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden ein. Wir wollen mehr Coming-Out-Hilfestellungen. Gerade in ländlichen Regionen fehlen entsprechende Anlaufstellen, die insbesondere Jugendlichen helfen, den Übergang vom inneren zum äußeren Coming-Out möglichst schnell und für ihre Persönlichkeit positiv zu vollziehen. Hierbei sind Mischkonzepte von Off- und Onlineangeboten zu nutzen. Hilfesuchende Menschen sollen informiert und ermuntert werden, ihre Rechte wahrzunehmen, um Gefahren zu erkennen und ihnen zu begegnen. Auch hier müssen ehrenamtliche Strukturen professionalisiert werden. Oft sind Initiativen mit Menschen konfrontiert, deren Problemlagen von Mehrfachbenachteiligungen geprägt sind. Hier brauchen wir fachlich hochqualifiziertes Personal. Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die Einrichtung einer ausreichend geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsfragen. Wir wollen die Rechte von trans\* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen stärken. Der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit ist ein Grund- und Menschenrecht. Alle medizinisch nicht notwendigen Eingriffe an den inneren oder äußeren Geschlechtsmerkmalen von Kindern verbieten wir. Dazu gehört die Anerkennung der von ihnen selbst benannten Geschlechtszugehörigkeit. Trans\* Personen brauchen freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen (medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine Krankenversicherung haben und unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus. Wir setzen uns für queere Gesundheitszentren mit Schwerpunkt trans\* und inter\* auch in Kleinstädten und ländlichen Gebieten ein.*

## **8. Queere Geflüchtete schützen.**

Wie wollen Sie die fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTIQ\*-Geflüchtete (Verfahrensberatung, psychosoziale Beratung) stärken, für den flächendeckenden Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen und Geflüchtete in und um Unterkünfte vor Gewalt und Anfeindung schützen?

*Wir fordern dezentrale Unterbringung von queeren Geflüchteten (wie insgesamt von geflüchteten Menschen), Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und Hilfsangebote für queere Geflüchtete. Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt werden. Sie dürfen nicht abgeschoben werden – auch nicht in sogenannte sichere Herkunftsländer. Wir wollen flächendeckend Fachstellen für LSBTIQ\*-Geflüchtete einrichten. Dort können sich queere Geflüchtete zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Einige von ihnen haben auch aus Angst vor oder aus erlebter Erfahrung mit gesellschaftlicher und familiärer Repression bzw. Gewalt ihre Heimatländer verlassen, was im Integrationsprozess oft noch nicht genug berücksichtigt wird. Geeignete Beratungsangebote müssen flächendeckend bereitgestellt werden. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für LSBTIQ\*-Geflüchtete.*